

Fakten und Argumente



Laurenz Meyer:
Schröder ist angetreten mit dem Versprechen „Innovation und Gerechtigkeit“. Das Ergebnis ist Stillstand und Gleichgültigkeit.

PRESSEKONFERENZ DES GENERALSEKRETÄRS

Der Kanzler tourt. Deutschland **steht still.**

Der Kernsatz der SPD-Kampagne 1998 war, „wir machen nicht alles anders, aber vieles besser“. Viele Menschen haben das geglaubt.

Das Ergebnis nach 3 Jahren rot-grüner Regierung unter Schröder ist Stillstand in Deutschland. Das Eingeständnis des Kanzlers, das

Wirtschaftswachstum werde im laufenden Jahr nur zwischen 1,5 bis 2 Prozent betragen, ist der pure Offenbarungseid. Vor seinem selbst gesteckten Ziel, die Arbeitslosigkeit auf unter 3,5 Millionen zu senken, kapituliert er. Soviel zur Lage vor der Sommerreise des Kanzlers.

Fortsetzung auf Seite 3

INHALT

40 JAHRE MAUERBAU

Erinnern heißt Freiheit verteidigen. Kundgebung
SEITE 7 – 8

ZUWANDERUNG

Schilys Eckpunkte: In der vorliegenden Form nicht akzeptabel
SEITE 9

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Gesamtangebot der Informations- und Werbemittel
INNENTIL

■ Wem trauen die Wähler am meisten zu, die wichtigsten politischen Probleme zu lösen? (Seite 6) ■ Friedrich Merz: Politik der schlaffen Hand (Seite 11) ■ Erwin Marschewski: Gegen Sonderopfer für Beamte (Seite 12) ■ Hermann-Josef Arentz unterstützt Kochs Vorstoß in der Sozialpolitik (Seite 13) ■ Roland Koch: Ich will die Zahl der erwachsenen Sozialhilfeempfänger halbieren (Seite 18) ■ Frank Steffel stellt Mitglieder seines Beraterteams vor (Seite 19)

SommerTour der Parteivorsitzenden

Vom 17. bis 25. August reist Angela Merkel durch NRW, Niedersachsen, Thüringen, Hessen, Baden-Württemberg, Bremen, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein. Motto ihrer Gespräche mit den Bürgern: Machen wir mehr aus unserem Land – Soziale Marktwirtschaft morgen.

ARBEITSMARKT

K.-J. LAUMANN UND B. SCHNIEBER-JASTRAM:

3,8 Mio. dürfen nichts tun, weil Schröder nichts tut

Zu den neuesten Arbeitsmarktzahlen für Juli erklärten der sozialpolitische Sprecher der CDU/CSU und die Parlamentarische Geschäftsführerin:

Zum siebten Mal nacheinander ist die saisonbereinigte Arbeitslosigkeit gestiegen, seit Jahresanfang um fast 100.000. Im

Vergleich zum Vormonat ist die Arbeitslosigkeit ebenfalls um mehr als 100.000 angewachsen. Dies ist der größte Zuwachs von Juni auf Juli seit 1997.

Besorgniserregend ist auch der Vorjahresvergleich: In den vergangenen drei Jahren war die Arbeitslosigkeit im Juli im Vergleich zum jeweiligen

Vorjahr im Durchschnitt um 183.000 zurück gegangen, in diesem Jahr nur noch um 4.000. Insgesamt ist die Arbeitslosenquote von Juni auf Juli 2001 von 8,9 % auf 9,2 % gestiegen

Besonders betroffen sind die Menschen in den neuen Bundesländern. Auf seiner Reise durch die neuen Län-

dern wird der Bundeskanzler 39.000 Ostdeutschen mehr erklären müssen, warum sie arbeitslos geworden sind. Sehr entmutigend ist auch der starke Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit mit 4,5 % im Vergleich zum Vorjahrsmonat – trotz des von der Bundesregierung umjubelten Jugendsofortprogramms.

Schröder am Wahlabend 1998:
„Wenn wir in 4 Jahren die Trendwende am Arbeitsmarkt nicht geschafft haben, verdienen wir es auch nicht, wieder gewählt zu werden.“

IMPRESSUM



UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, Redaktion: Ernst-Jörg Neuper, Klingelhöfer Str. 8, 10785 Berlin, Telefon (030) 220 70-3 70, e-mail: ernst.neuper@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egernannstraße 2, 53359 Rheinbach, Tel. (02226) 802-0, Telefax (02226) 802-111/333, Vertrieb: Tel. (02226) 802-123, Verlagsleitung: Bernd Profitlich, Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 60,- DM, Einzelpreis 1,60 DM, Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Schröder hat falsche Hoffnungen geweckt und mit Versprechen **geködert**

Fortsetzung von Seite 1

Der Kanzler tourt. Deutschland steht still. Was wir jetzt brauchen sind Hände, die Probleme anpacken und nicht ruhig im Schoß liegen.

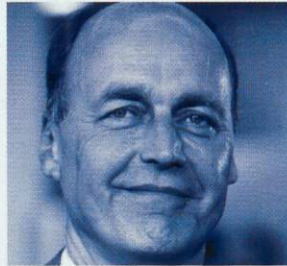
Viel hat der Kanzler vor und nach seinem Regierungsantritt versprochen. Erinnern Sie sich noch? „*Ich habe nichts versprochen, was ich nicht halten kann. Mein Wort gilt.*“

Mit markigen Sprüchen ist er seit Amtsantritt durch die Republik gereist. Er hat falsche Hoffnungen erweckt und die Menschen mit Versprechen geködert. Der Bundeskanzler hat vielen vieles versprochen und nichts gehalten. Er kann offensichtlich nicht mehr als versprechen.

1. „Ende der Fahnenstange“

Schröder: „*Benzin 6 Pfennig teurer, das ist Ende der Fahnenstange.*“

Bereits heute zahlen wir 21 Pfennig mehr pro Liter Benzin. Weitere 14 Pfennig sind beschlossene Sache. Auch die versprochene Sen-



kung der Rentenbeiträge zum 1. Januar 2002 wird nicht eintreten.

2. Unberechenbare Rente!

Schröder: „*Ich stehe dafür, dass die Renten auch in Zukunft so steigen wie die Nettoeinkommen der Arbeitnehmer.*“

Glatte Wählerbetrug. Versprochen hatte der Kanzler auch eine Rentenerhöhung um die Inflationsrate. Auch dies wurde nicht eingehalten.

3. Versicherte und Kranke zahlen die Zeche!

Schröder: „*Das Ziel der Bundesregierung ist es, den*

Anstieg der Krankenversicherungsbeiträge zu stoppen und die Beiträge dauerhaft zu stabilisieren.“

Ein Teil der Krankenkassen hat bereits 2001 die Beiträge erhöht, z. B. die ■ AOK Hessen: von 13,8 auf 14,8 Prozent (seit 1. 7. 2001) ■ AOK Baden-Württemberg: von 13,5 auf 14,2 Prozent (seit 1. 7. 2001) ■ AOK Hamburg: von 14,1 auf 14,5 Prozent (seit 1. 7. 2001)

Die meisten anderen haben die Erhöhung noch für dieses Jahr angekündigt.

Die versprochene Sen-

**PRESSEKONFERENZ
DES GENERAL-
SEKRETÄRS AM
10. AUGUST IM
KONRAD-ADENAUER-
HAUS**

kung der Lohnnebenkosten unter 40 Prozent wird es ebenfalls nicht geben.

Wir haben heute eine Zwei-Klassen-Medizin. Als neuen Wahlslogan empfehle ich der SPD: Was kümmert uns Ihre Gesundheit? Selbst schuld, wenn Sie arm sind!

„Ich habe nichts versprochen, was ich nicht halten werde. Mein Wort gilt.“

[Gerhard Schröder, Bild am Sonntag, 4.10.1998]

Wir brauchen in der Gesundheitspolitik aber dringend eine umfassende Strukturreform. Wir brauchen mehr Transparenz, Wahlfreiheit und Eigenverantwortung der Versicherten. Die Menschen sollen stärker als bisher über ihre Beitragshöhe und ihren Versicherungsumfang selbst entscheiden.

4. Schröder hat Arbeitslose und Mittelstand abgehakt

Schröder: „Wir wollen im nächsten Jahr unter die Marke von 3,5 Millionen kommen.“

Das Ziel, die Arbeitslosigkeit abzubauen, hat Schrödereingesammelt. Von

dem Blackout mit den 3 Millionen will ich gar nicht erst reden. Und immer mehr Menschen, die einen Arbeitsplatz haben, müssen Angst haben, diesen zu verlieren.

Zunächst wurde das Wirtschaftswachstum auf 2,8 Prozent geschätzt. Dann korrigierten die Experten ihre Prognosen deutlich nach unten auf 2 Prozent. Und der Bundeskanzler muss jetzt eingestehen, dass es nur noch 1,5 bis 2 Prozent betragen werde. Die Wahrheit liegt voraussichtlich weiter darunter.

Die Wahrheit ist: ■ Die Steuerreform hat kleine und mittlere Unternehmen benachteiligt. ■ Das Gesetz zur Scheinselbstständigkeit, ■ das 630-Mark-Gesetz, ■ der Rechtsanspruch auf

Teilzeit und ■ das Betriebsverfassungsgesetz, sie sind weitere Beispiele für bürokratische Bremsen.

Der Mittelstand braucht Luft zum Atmen. Hier entstehen die Arbeitsplätze. Der Mittelstand ist der große Verlierer dieser Legislaturperiode und mit ihm die Menschen in Deutschland. Allein durch die stark angestiegene Zahl der Konkurse in Deutschland im ersten Halbjahr 2001 sind rund 250.000 Arbeitsplätze weggefallen. Wir brauchen eine neue Gründerwelle.

Die schlechte Wirtschaftsentwicklung ist in erster Linie nicht das Ergebnis der Weltkonjunktur. Beim Wirtschaftswachstum ist Deutschland Schlusslicht in Europa. Bei den Arbeits-

Junge Union begleitet Tour des Kanzlers

Zum zweiten Mal: Schröder tourt durch Ostdeutschland. Er kann jedoch nicht überspielen, dass die „Chefsache Ost“ gescheitert ist:

Ein Blick auf die Analyse der Neuen Bundesländer (siehe Internet-Hinweis auf Seite 6) macht deutlich: Sozialdemokratisch regierte Länder wie Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt verlieren immer mehr den Anschluss an den Rest der Republik.

Auf seiner Versprecher-Tour mit grossem Bogen um die echten Problemgebiete wird Schröder auch von der Jungen Union



begleitet. Für alle, die nicht live daran teilnehmen können, gibt es das Münchhausen-Motiv auch als E-Card.

plätzen belegen wir im europäischen Vergleich nur Platz zehn, und die Inflationsrate ist so hoch wie lange nicht mehr. Das sind hausgemachte Ergebnisse.

Die CDU hat im Juni ein Sofortprogramm für mehr Wirtschaftswachstum und Beschäftigung vorgelegt. Dabei geht es um 10 Maßnahmen, die der Wirtschaft wieder mehr Raum für Entwicklungsmöglichkeiten geben; dazu zählen unter anderem die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, das Vorziehen der Steuerreform und die Abschaffung der Ökosteuer.

Um jedes weitere Missverständnis deutlich auszuräumen: Es handelt sich nicht um ein Konjunkturprogramm. Es geht um die

richtige Weichenstellung für mehr Wachstum und Beschäftigung in Deutschland.

5. Die Chefsache Ost ist gescheitert

Vor der Bundestagswahl im September 1998 hat der Kanzler noch versprochen: Schröder: „*Der Aufbau Ost darf nicht zur Reservekasse des Bundesfinanzministers werden. Deshalb wird für mich Aufbau Ost Chefsache.*“

Die wirtschaftliche Entwicklung im Osten stagniert. Die Schere zwischen Ost und West öffnet sich wieder. Das Vertrauen in den zur Chefsache erklärten Aufbau Ost schwindet.

Die Zahlen zeigen: der Kanzler kann es nicht, die

SPD kann es nicht und im Verbund mit der PDS wird es katastrophal. Alle Einzelheiten, Zahlen und Daten, haben wir im Internet eingestellt.

Von Schröders neuem Schwung im Osten ist nichts zu spüren. Der versprochene persönliche Einsatz des Kanzlers bestand und besteht auch in diesem Jahr wieder in einer für die Medien inszenierten Ost-tournee. Mit einem Kamerälächeln lassen sich aber die Lebensverhältnisse von Ost und West nicht angleichen.

Notwendig ist ein klares und durchdachtes Konzept mit einer konsequenten flächendeckenden Strukturpolitik. Für die CDU hat der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel

Parteikompetenz

Wem trauen die Wähler zu, folgende politische Aufgaben am besten zu lösen:

	SPD		CDU/CSU	
► Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	32	(-11)	33	(+5)
► Den Wirtschaftsstandort Deutschland sichern	30	(-4)	40	(±0)
► Eine gute Gesundheitspolitik betreiben	27	(-4)	29	(+5)
► Familien mit Kinder fördern	46	(-)	22	(-)
► Die Altersversorgung langfristig sichern	30	(-6)	30	(+4)
► Für soziale Gerechtigkeit sorgen	40	(-6)	21	(+2)
► Eine gute Umweltpolitik betreiben	15	(-7)	14	(-3)
► Den Verbraucherschutz vorantreiben	30	(-2)	17	(±0)
► Kriminalität und Verbrechen bekämpfen	28	(+1)	42	(+5)
► Eine verlässliche Außenpolitik betreiben	29	(-8)	32	(+4)
Die Zukunftsprobleme Deutschlands lösen	27	(-6)	29	(+3)

Quelle: infratest dimap, Angaben in Prozent, Stand August 2001 (in Klammern Vergleich zu Mai 2001)

Tsp / Kroupa

Aus: Tagesspiegel, 8. August 2001

ein Sonderprogramm von 40 Milliarden bis 2004 vorgeschlagen. Er hat deutlich gemacht, dass das Geld in vier verschiedenen Feldern investiert werden muss: in die Verkehrsinfrastruktur und die kommunale Infrastruktur sowie die Bildung von Innovations- und Kompetenzzentren und die technische Ausstattung der Schulen. Über Parteigrenzen hinweg war die Reaktion auf das Konzept der CDU positiv. Passiert ist nichts.

Mehr als Versprechen kann der Kanzler nicht!

Die angeführten Beispiele lassen sich weiter fortsetzen. Das Fazit? Der Kanzler hat vielen vieles versprochen und nichts gehalten. Drei Jahre hatte Schröder Zeit seine Versprechen bei den Menschen einzulösen.

Mehr als Versprechen kann der Kanzler nicht!

Schröder ist angetreten mit dem Versprechen „Inno-

vation und Gerechtigkeit“; das Ergebnis ist Stillstand und Gleichgültigkeit. Es zeigt sich, dass nur Versprechen und mediengerechtes Verhalten kein Ersatz für nachhaltige Politik ist. Am Ende des Tages zählt die politische Substanz. Das ist Schröders Bilanz nach drei Jahren.

[http://](http://www.cdu.de)

Eine ausführliche Ost-Bilanz mit dem Titel „Analyse Neue Länder“ finden Sie unter www.cdu.de

40. JAHRESTAG DES MAUERBAUS

Erinnern heißt **Freiheit** verteidigen



Fotos: Laurence Chaperon

Unter diesem Motto erinnerten die Parteivorsitzende Angela Merkel, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Friedrich Merz, der bayrische Ministerpräsident Edmund Stoiber, der Spitzenkandidat der Berliner CDU für die Wahl zum Abgeordnetenhaus, Frank Steffel, und der ehemalige Regierende Bürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen, auf einer CDU-Kundgebung am Checkpoint Charlie in Berlin an den Mauerbau vor 40 Jahren.

Vor ungefähr 4000 Teilnehmern forderte Angela Merkel in ihrer Eröffnungsrede die Bürgerinnen und

Bürger auf, sich jeder Zeit vor Augen zu führen, dass Berlin immer ein Symbol für den deutschen Freiheitswillen gewesen sei und auch in Zukunft immer sein muss. Es dürfe nie wieder passieren, dass Deutschland geteilt werde. „Die Kommunisten haben mitten ins Fleisch dieser Stadt geschnitten und haben sie geteilt.“

Mit der SED-Nachfolgerin nicht gemeinsame Sache machen

Wer die Erinnerung daran verdrängen wolle, „vergeht sich an der Freiheit“.

Deshalb dürfe mit der PDS als Nachfolgerin der SED keine gemeinsame Sache gemacht werden. „Das, was die Sozialdemokraten unter Schröder und Wöwerit machen, ist ein Vergessen aller Ideale in der Politik!“

Die Parteivorsitzende gedachte an die etwa 60.000 Menschen, die in der DDR wegen versuchter „Republikflucht“ inhaftiert wurden und an die ca. 1000 Menschen, die bei dem Versuch, aus der DDR zu fliehen, den Tod fanden, davon allein 230 an der Berlin Mauer. Das Unrechtsregime der SED hat gezeigt, dass man Freiheit und die Garantie der Menschenrechte nie als et-



was Selbstverständliches hinnehmen dürfe. Deshalb hat der alte Wahlspruch der NATO „Wachsamkeit ist der Preis der Freiheit“ unverändert Gültigkeit.

Darüber hinaus nahm Angela Merkel ihre Rede zum Anlass, den westlichen Schutzmächten für ihre entschlossene Verteidigung der Freiheit in der Stadt noch einmal von ganzem Herzen zu danken.

Wer mit der PDS koalitiert, der paktiert mit dem Sozialismus der SED

„Die Politik der PDS ist einer Verhöhnung für die Opfer der SED“, schloss sich Edmund Stoiber der Parteivorsitzenden an. „Wer mit der PDS koalitiert, der paktiert mit dem Sozialismus der SED,“ machte Ed-

mund Stoiber deutlich. „Die PDS ist die alte sozialistische SED, nach außen über-tüncht mit neuem Anstrich.“ Sie baue weiter an der Mauer zwischen Freiheit und Sozialismus, rief der bayrische Ministerpräsident den Menschen ins Gedächtnis.

Frank Steffel, warf der PDS vor, sie verhindere die innere Einheit. Die Berliner Mauer sei sowohl politisch wie moralisch ein Verbrechen gewesen. Frank Steffel

erinnerte daran, dass es lange einen Konsens zwischen den etablierten demokratischen Parteien gegeben hätte, dass die PDS als SED-Nachfolgepartei nie mehr Einfluss auf die Zukunft Berlins bekommen dürfe. Diesen Konsens hätte die SPD aus purem Machkalkül aufgeben, um gemeinsam mit der PDS einen Regierungswechsel in Berlin herbeizuführen.

Unsere amerikanischen Freunde würden es nicht verstehen

Den Schlusspunkt setzte der ehemalige Oberbürgermeister von Berlin, Eberhard Diepgen: „Unsere amerikanischen Freunde würden es nicht verstehen, warum sie in Berlin so lange die Freiheit verteidigten, wenn jetzt die Kommunisten mit regieren sollen.“



Forderungen der Union aufgegriffen, aber in der vorliegenden Form **nicht akzeptabel**

Zu den von Bundesinnenminister Schily vorgestellten Eckpunkten für ein Zuwanderungsgesetz erklärten der Vorsitzende der CDU-Zuwanderungskommission, der saarländische Ministerpräsident Peter Müller, der bayerische Innenminister Günther Beckstein und der stellvertretende Vorsitzende und Innenexperte der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Wolfgang Bosbach:

Der Gesetzentwurf greift teilweise Forderungen des Zuwanderungskonzeptes der Union auf. Positiv zu bewerten sind insbesondere die Versuche der Bekämpfung des Asylmissbrauchs, die obligatorische Überprüfung des Asylstatus, die Reduzierung der Leistungen für Asylbewerber während des gesamten Anerkennungsverfahrens und die zusätzlichen Möglichkeiten der Ausschließung von Sukzessiv- und Nachfolgeanträgen. Ebenfalls positiv zu bewerten ist die Forderung nach verpflichtenden und nicht bloß freiwilligen Integrationskursen. Im Be-

reich des Kinder nachzugs soll das Nachzugsalter auf 12 Jahre abgesenkt werden – Schritte, die zumindest in die richtige Richtung gehen, aber nicht ausreichend sind.

Wesentliche von der Regierungskommission unter Leitung von Frau Süßmuth vorgeschlagene Elemente sind richtigerweise in dieses Konzept des Innenministers nicht eingeflossen. So sieht der Gesetzentwurf keine Erweiterung des Asylrechtes auf nichtstaatliche und geschlechtsspezifische Verfolgung oder des Abschiebeschutzes für straffällige Heranwachsende vor.



P. Müller

G. Beckstein

W. Bosbach

Mit eigenem Konzept Druck ausgeübt

Auch die Vorschläge der Süßmuth-Kommission zur Änderung des Staatsangehörigkeitsrechtes, zur Erweiterung des Familiennachzugs und zur Zuwanderung von Auszubildenden bzw. zur ausschließlich demografisch motivierten Zu-

wanderung werden nicht aufgegriffen. Insoweit trägt das Konzept des Bundesinnenministers der Kritik der Unionsparteien an den Vorschlägen der Regierungskommission Rechnung und orientiert sich stärker an dem Steuerungs- und Begrenzungskonzept der Union. Dies zeigt, dass der Weg der Union, mit einem eigenen Konzept Druck auf die Bundesregierung auszuüben, richtig war.

Das Konzept des Bundesinnenministers ist allerdings auch in wesentlichen Punkten ergänzungs- und veränderungsbedürftig und in der jetzt vorliegenden Form noch nicht akzeptabel.

So sind aus Sicht der Union die Möglichkeiten des Familiennachzugs hinsichtlich des Nachzugsalters restriktiver zu fassen. Im Bereich der Arbeitsmigration ist das Konzept zu unpräzise. So wird auf eine Defi-

nition Höchstqualifizierter, deren Zuwanderung unbegrenzt ermöglicht werden soll, verzichtet. Das Punktesystem ist ebenfalls nicht ausformuliert. Die Zuwanderung Selbstständiger wird zu undifferenziert ermöglicht und eröffnet Missbrauchsmöglichkeiten. Die Festlegung der Zuwanderungshöchstzahlen im Bereich der Arbeitsmigration durch Rechtsverordnung der Bundesregierung muss von der Zustimmung des Bundesrates abhängig gemacht werden. Darüber hinaus ist dringend eine Regelung der Kosten der Integration erforderlich. Diskussionsbedürftig ist auch der Vorschlag, die Weisungsunabhängigkeit der Einzelentscheidungen beim Bundesamt aufzuheben.

Wesentliche Ergänzungen stehen noch aus

Insgesamt bedarf das Konzept des Bundesinnenministers wesentlicher Ergänzungen und Veränderungen. Ein politischer Konsens setzt voraus, dass das Ziel der Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung umgesetzt wird. Die Zuwanderung muss am nationalen Interesse orientiert werden. Eine Zuwanderung in den Arbeitsmarkt

kommt nur in Betracht, wenn ein echtes Arbeitsmarktbedürfnis besteht. Der Grundsatz „Ausbildung und Qualifizierung geht vor Zuwanderung“ muss gesetzlich festgeschrieben werden. Darüber hinaus muss Bestandteile eines politischen Konsenses die Bereitschaft des Bundes zur Beteiligung an den Kosten der Integration und die Ablehnung der vorliegenden Richtlinien-Entwürfe der Europäischen Kommission zum Familiennachzug und zum Asylrecht sein. Dies ergibt sich zwingend, wenn die eigenen Vorschläge des

Bundesinnenministers umgesetzt werden sollen.

Abzuwarten bleibt aus Sicht der Union, ob der Gesetzentwurf des Bundesinnenministers in der Regierungskoalition beschlossen und zum Gegenstand eines Regierungsvorschlages wird. Seitens der Union besteht die Bereitschaft, die Debatte ergebnisorientiert zu führen. Maßstab eines Konsenses muss es dabei sein, dass es gelingt, die Zuwanderung in die Sozialsysteme zurückzuführen, um Raum für Zuwanderung dort zu schaffen, wo es Deutschland nutzt.

Ohrfeige für den Kanzler

Schröder muss die Botschaft aus dem Arbeitsministerium wie eine deftige Ohrfeige empfunden haben: Da wirbt der SPD-Vormann wochenlang für die Einführung einer Green-Card in der Bundesrepublik, um möglichst schnell ausländische Fachkräfte für die IT-Branche nach Deutschland zu holen. Und jetzt muss er zur Kenntnis nehmen, dass nach einer Statistik aus dem Hause Riester lediglich 8 556 Experten aus Nicht-EU-Staaten den Weg in die Mitte Europas gefunden haben. Schröder hat mit seiner Aktion eine Bauchlandung hingelegt – die Initiative war ein Flop. Gründe für diese Schlappe: Der von den Unternehmen ursprünglich genannte Bedarf von rund 75 000 fehlenden Computerspezialisten ist offenbar viel zu hoch angesetzt worden. Es gibt gegenwärtig keinen Bedarf an ausländischen Fachkräften, weil die Unternehmen zurzeit eher Arbeitsplätze ab- statt aufbauen. Auf jeden Fall: Die Bundesrepublik ist als Standort für einen erheblichen Teil der internationalen Wissenselite keineswegs so attraktiv, wie dies manche in Politik und Wissenschaft geglaubt haben.

Handelsblatt

Fiasko

■ Die dilettantischen Versuche der Bundesregierung, die Sozialabgaben unter 40 Prozent des Bruttolohns zu drücken, sind in einem Fiasko geendet. Dem personalintensiven Mittelstand war die Senkung der Lohnzusatzkosten versprochen. Statt dessen droht jetzt sogar eine massive Erhöhung der Krankenkassenbeiträge und damit eine weitere Verteuerung der Arbeitsplätze.

Hansjürgen Doss, mittelstandspolitischer Sprecher der CDU/CSU: „So wichtig die Bundesligaberichterstattung ist, der Kanzler sollte endlich auch die Abwendung drohender Beitragserhöhungen zur Chef-sache machen.“

Leere Versprechung

■ Schon kurze Zeit nach Verabschiedung der Rentenreform zeigt sich: Aus der von der rot-grünen Schröder-Regierung groß angekündigten Beitragsatzsenkung in der gesetzlichen Rentenversicherung wird nichts. Die Berechnungen des Vorsitzenden des Sozialbeirats der Bundesregierung, Bert Rürüp, machen deutlich: Der Beitragsatz wird auch weiterhin bei 19,1 Prozent stagnieren.

Karl-Josef Laumann, sozialpolitischer Sprecher der

Merz: Politik der **schlaffen** Hand

Der Kanzler des Abschwungs sammelt die Wahlversprechen von 1998 ein. Er ist offensichtlich nicht mehr bereit, gegen den Widerstand der sozialdemokratischen Funktionäre Reformen durchzusetzen. Bei steigender Arbeitslosigkeit, hoher Inflationsrate und zurückgehendem Wachstum muss eine Regierung handeln und langfristig wirkende Reformen auf den Weg bringen. Auf die Weltwirtschaft kann der Kanzler die hausgemachten Probleme in Deutschland nicht abschieben. Der Bundeskanzler gibt sich mit Wachstumsraten zufrieden, die ohne Wirkung auf den Arbeitsmarkt bleiben. **Fazit:** Eine Politik der schlaffen Hand. Rot-Grün stellt ein Jahr vor der nächsten Wahl die Arbeit ein. ■ **Mehr dazu unter www.cducsu.bundestag.de**



CDU/CSU: „Das darf doch nicht wahr sein! Die nächste Stufe der Ökosteuer kommt zu Beginn des nächsten Jahres und bringt 6 Milliarden Mark Mehreinnahmen. Aber die Rentenversicherung hat nichts davon. Das Versprechen Schröders, den Gesamtversicherungsbeitrag bis zur nächsten Wahl auf unter 40 Prozent des Bruttolohns zu senken, kann nicht gehalten werden.“

Sinnlos

■ Seit Einführung der Ökosteuer 1999 hat die Union immer wieder kritisiert, dass eine Senkung der Rentenversicherungsbeiträge auf diese Weise nicht erreicht

werden kann. Das hat die Schröder-Regierung jedoch nicht daran gehindert, die Ökosteuer bis heute zwei Mal zu erhöhen. Mit der Folge: Die Rentenversicherungsbeiträge werden trotzdem um keinen Pfennig sinken. Und: Die Riester'sche Rentenreform ist schon wieder reformbedürftig, noch bevor sie richtig in Kraft getreten ist. **Gerda Hasselfeldt**, finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU: „Da auch die minimale Entlastung durch die Steuerreform längst verpufft ist, sind neue Entscheidungen dringend nötig: ■ Die Ökosteuer darf nicht weiter steigen. ■ Die mittelständischen Un-

ternehmen müssen steuerlich wie die Kapitalgesellschaften behandelt werden.

■ Die Reform der Sozialversicherungssysteme ist umgehend anzupacken!“

Gebeutelt

■ Der Innenminister will an seinen Plänen, die Beamtenpensionen drastisch zu kürzen, unter dem Deckmantel festhalten: die Rentenreform ins Versorgungsrecht zu übertragen. Dabei haben die Beamten bereits Vorleistungen erbracht: ■ Die Höhe von Beiträgen zur Versorgungsrücklage hat zu beträchtlichen Aufwendungen geführt. ■ Gehaltserhöhungen erreichten nie die Höhe von Lohnerhöhungen. **Erwin Marschewski**, innenpolitischer Sprecher der CDU/CSU: „Wir unterstützen den Deutschen Beamtenbund und werden die geplanten Sonderopfer nicht hinnehmen. Mit seiner Absicht, die Beamten kräftig zu beuteln, wird sich Schily nirgendwo Freunde machen.“

Medienkrake

■ Ohne Erfolg hat die SPD dem Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im 1. Untersuchungsausschuss Äußerungen über schwarze Konten der SPD im Zusammenhang mit ihren Unternehmensbeteili-

gungen verbieten lassen. Vor dem Oberlandesgericht Köln ist sie mit einem entsprechenden Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung gescheitert. **Andreas Schmidt**: „Das zeigt: Die SPD kann sich auf Dauer dem Transparenzgebot des Grundgesetzes nicht entziehen und weiter gegen das Parteiengesetz verstoßen. Insbesondere ihre Beteiligung an zahlreichen Zeitungsverlagen hat sie zu einer regelrechten Medienkrake gemacht und lässt nicht mehr erkennen, auf welche Blätter sie Zugriff hat.“

Greift zu kurz

■ Die Bundesregierung hat auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum Thema „Verbraucherschutz in öffentlichen Verkehrsmitteln“ geantwortet und auf eine Verbesserung verwiesen, wonach bei Ausfall, Verspätung und Anschlussversäumnis künftig von der Bahn die Übernachtungskosten zu erstatten sind, wenn die Reise nicht mehr am selben Tag fortgesetzt werden kann. **Michael Meister**, zuständig in der CDU/CSU für Verkehr: „Im Ansatz zu begrüßen, greift aber zu kurz. Denn noch immer hat die Schröder-Regierung in der Frage der verkehrsrechtli-

chen Haftungshöchstgrenzen nicht Farbe bekannt. Anhebung und Vereinheitlichung dieser Höchstgrenzen für alle Verkehrsmittel ist ein längst überfälliger Schritt.“

Kein Verlass

■ Fördermittel für Biogas haben in der Landwirtschaft einen neuen Schub für diese Art der Energieerzeugung ausgelöst, und viele landwirtschaftliche Betriebe haben im Vertrauen auf die Zuverlässigkeit der Förderung Investitionen getätigt. Von heute auf morgen hat nun aber der Bundeswirtschaftsminister die Förderrichtlinien für Biogasanlagen drastisch ins Negative verändert. **Heinrich-Wilhelm Ronsöhr**, agrarpolitischer Sprecher der CDU/CSU in einem Brief an Minister Müller: „Ich wehre mich gegen Sparmaßnahmen, die einseitig zu Lasten der Landwirtschaft gehen. Sie würden das Aus für die Mehrzahl der Biogasanlagen in bäuerlichen Betrieben sein und deren Engagement zugunsten des Klimaschutzes. Mein Appell: Erhalten Sie die Bedingungen, unter denen Landwirte sich auch als Energiewirte bei der Erfüllung einer wichtigen gesellschaftlichen Aufgabe einbringen!“ **UID**

DAS SAARLAND hat als erstes westdeutsches Bundesland das achtjährige Gymnasium eingeführt. Damit will die von Ministerpräsident Peter Müller geführte Landesregierung die im europäischen Vergleich viel zu langen Ausbildungszeiten in Deutschland verkürzen. Abitur bereits nach zwölf Jahren gab es bisher nur in Sachsen und Thüringen. Den Startschuss für das neue Gymnasium hat bei einem Festakt in Merzig Alt-Bundespräsident Roman Herzog gegeben, der 1997 mit seiner viel beachteten Berliner Rede „Aufbruch ins 21. Jahrhundert“ die Diskussion über einen kürzeren Weg zum Abitur angestoßen hatte.

NEUE CHANCEN, ihren Lebensunterhalt künftig selbst verdienen zu können, sollen Sozialhilfeempfänger auch nach Meinung der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) haben. Deren Bundesvorsitzender, Hermann-Josef Arentz hat die entsprechende Initiative des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch als „eine neue Qualität der bundesdeutschen Sozialpolitik“ begrüßt und die rot-grüne Schröder-Regierung aufgefordert, die von Hessen an-

gestrebte Sondergenehmigung für das neue Sozialhilferecht zu bewilligen: Arbeitsunwillige sollen „sich nicht länger auf Kosten der Allgemeinheit einen schönen Lenz machen können“.

UNAUFHALTSAM steigt die Zahl der Unternehmensinsolvenzen. Ursache: nachlassende Konjunktur, vor allem der Absturz in der Baubranche. 7.194 Insolvenzverfahren sind in den ersten sechs Monaten bei den Amtsgerichten eröffnet worden – gegenüber 5.925 im gleichen Zeitraum des vergangenen Jahres. Das bedeutet einen Anstieg um 21 Prozent.

FÜR BÜRGCHAFTEN in Höhe von 1,276 Milliarden Mark hat im vergangenen Jahr der Bund gerade stehen müssen. Der Rückfluss aus früheren Schadensfällen belief sich auf 70 Millionen Mark. Entstandener Schaden: 1,076 Milliarden Mark. Die mit Abstand größten Posten: eingelöste Bürgschaften für Existenzgründungen (669 Millionen) und die Expo-Bürgschaft (255 Millionen Mark).

SINKENDE Schülerzahlen werden in Sachsen innerhalb der nächsten acht Jahre zu einem Abbau von 10.000

der heute noch 38.000 Lehrern stellen führen. Kultusminister Matthias Rößler will das Ziel über Aufhebungsverträge mit Abfindungen und freiwilliger Altersteilzeit erreichen.

ALS ERZIEHUNGSZIEL steht bei deutschen Eltern ganz vorne Hilfsbereitschaft. 98 Prozent haben entsprechend auf Forsa-Fragen geantwortet. Kaum weniger wichtig: Durchsetzungsfähigkeit (96 Prozent) sowie Leistungsbereitschaft, Gemeinsinn und Fleiß (alle 93 Prozent). Pünktlichkeit und Sauberkeit favorisieren 90, Gehorsam 71 Prozent.

EIN GUTES MITTEL gegen Vereinsamung im Alter ist, wie mehr als die Hälfte aller 40-jährigen Deutschen findet, das Zusammenleben mit Gleichaltrigen in Wohngemeinschaften. Nach einer Forsa-Umfrage glauben 49 Prozent der Frauen und 32 Prozent der Männer, dass WGs älterer Menschen für Senioren die Wohnform der Zukunft ist. Entsprechend der Appell von zwei Drittel der Befragten an Wohnungsplaner, Bauherren und Architekten: mehr Wohnungen zu schaffen, die für derartige Wohngemeinschaften geeignet sind. **UD**

Bürokratiebefreiung für Existenzgünder

In einer internen Prognose haben die fünf Professoren des „Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ das durchschnittliche Wachstum für dieses Jahr auf 1,4 Prozent nach unten korrigiert. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung spricht sogar von nur einem Prozent. Die Arbeitslosigkeit steigt seit Beginn des Jahres 2001 saisonbereinigt wieder an. Der Anstieg im Juli im Vergleich zum Juni ist in diesem Jahr der höchste seit 1997.

Mit vorbeugenden Äußerungen des SPD-Generalsekretärs Müntefering soll das Kanzlerversprechen, die Arbeitslosenzahl bis zum Ende der Legislaturperiode auf 3,5 Millionen zu reduzieren, relativiert werden. Erneut hält der Event-Kanzler nicht ein, was er verspricht. Die im vergangenen Jahr gefeierten Reformen ziehen Ernüchterung nach sich. Ohnehin unzureichende Entlastungen wurden durch Fehlentscheidungen und Bürokratie aufgeessen. Mit ruhiger Hand lässt der Kanzler Wirtschaft

und Arbeitsmarkt am langen Arm verhungern. Die Wirtschaftspolitik der Regierung Schröder ist gestrandet, der Reformwille ist ausgebrannt.

„Keine Amerikanisierung“, so lautet die neueste Parole aus den Reihen der Bundesregierung. Dabei zwingt sie mit ihrer Überregulierung die Unternehmen zum „Fire“. Zum „Hire“ fehlt ihnen die unternehmensfreundliche Gesetzgebung.

Mit Schröder ist Deutschland zum Schlusslicht in Europa geworden

Der Versuch der Bundesregierung, die aktuelle Konjunktur- und Arbeitsmarktkrise der amerikanischen und weltwirtschaftlichen Entwicklung zuzuschreiben wird auch von den Vergleichszahlen widerlegt. Deutschland liegt beim realen Wachstum des Bruttoinlandsproduktes gut einen halben Prozentpunkt unter dem EU-Wert. Während die Entwicklung in den USA wieder leicht ansteigende Tendenz vorweist, weisen die bundesdeutschen Daten

weiter nach unten. Selbst das einstige Sorgenkind Spanien, aber auch Großbritannien, Frankreich und Italien haben ein höheres Wachstum zu verbuchen. Es ist die wirtschaftliche Entwicklung unter der Regierung Schröder, die den europäischen Durchschnitt nach unten zieht. Deutschland ist Schlusslicht in Europa.

Noch deutlicher wird es bei den Vergleichszahlen zum Wachstum der Beschäftigung.

Auch hier liegt Deutschland weit unter dem EU-Wert. Alle anderen europäischen Länder konnten sich von der jüngst schwachen amerikanischen Entwicklung abkoppeln. Die Niederlande und auch Spanien liegen in der Schaffung von Arbeitsplätzen weit vor uns. Die Regierung Schröder hat die wirtschaftspolitischen Stellschrauben falsch bedient.

Mit der Bevorzugung der Kapitalgesellschaften bei der Steuerreform, mit dem Gesetz zur Scheinselbstständigkeit, mit dem 630-Mark-Gesetz und dem Betriebsverfassungsgesetz nimmt Rot-Grün dem Mittelstand die Luft zum

Atmen. Schröders ruhige Hand würgt den Mittelstand.

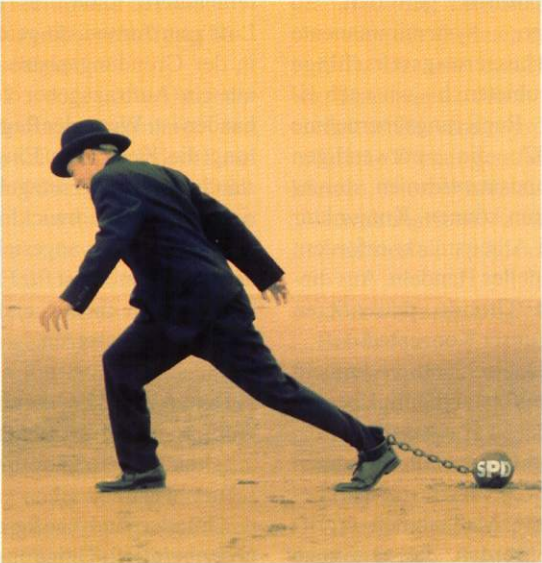
Bereits im ersten Halbjahr 2001 haben wir eine Rekordzahl an Unternehmenspleiten zu verzeichnen. Mit 14.500 Insolvenzen innerhalb dieses Zeitraums liegt die Zahl der Pleiten um 10,7 Prozent höher als im ersten Halbjahr des Jahres 2000.

Im Ost-West-Vergleich ist in den neuen Bundesländern ein Anstieg um 22,9 Prozent auf 4.300 Insolvenzen zu verzeichnen, davon ist mit 43 Prozent das Baugewerbe am stärksten betroffen.

Die alten Bundesländer erleben einen Insolvenz-Zuwachs von 6,3 Prozent und kommen damit auf die Gesamtzahl von 10.200. Hier ist mit 43 Prozent der Dienstleistungssektor am härtesten betroffen.

Nach Erkenntnissen von Creditreform entspricht das umgerechnet etwa Einbußen von 35 Milliarden Mark für private Haushalte, Wirtschaft und öffentliche Hand. Im Vergleich zum Vorjahr ist dies eine Zunahme von fast 30 Prozent.

Das zog den Verlust von rund 250.000 Arbeitsplätzen nach sich. Davon sind rund 90.000 Arbeitsplätze in den neuen Bundesländern verloren gegangen und 160.000 in



Bürokratiebefreiung

Eine Initiative für Existenzgründer.

CDU

den alten Bundesländern. Das ist ein Minus von 44.000 Arbeitsplätzen gegenüber dem Vorjahreszeitraum (216.000 verlorene Arbeitsplätze).

Die mittelständischen Unternehmen (bis 500 Beschäftigte) stellen rund 70 Prozent der Arbeitsplätze. Wer für mehr Beschäftigung eintritt, muss den Mittelstand entlasten. Wir brauchen aber nicht weniger, sondern mehr kleine und

mittlere Unternehmen. Sie sind die Jobmaschinen in Deutschland.

Die unter der Bundesregierung expandierte Bürokratie ist eine Bedrohung vor allem für Existenzgründer. Es ist hohe Zeit, Wege aus dem Bürokratiendschungel zu finden. Wenngleich ein Großteil der durch die momentane Bundesregierung eingeführten Regelungen von der CDU gänzlich abgelehnt wird, sind wir als

Opposition gefordert, so lange systemimmanente Verbesserungsvorschläge anzubieten, bis wir nach einer Regierungsübernahme 2002 die notwendigen Grundsatzreformen durchführen können. Konjunktur und Arbeitsmarkt erfordern schnelles Handeln. Aus diesem Grunde präsentieren wir unser Konzept.

Deutschland braucht eine Verständigung über die Grenzen von gesellschaftlichen Gruppen und Parteien hinweg. Jetzt müssen beherrzte Maßnahmen ergriffen werden, die eine neue Gründerwelle in Deutschland initiieren. Gründerfreundliche Rahmenbedingungen sind der entscheidende Faktor.

In den ersten vier Jahren sollten Unternehmensgründer die Chance auf einen von Bürokratie unbelasteten Start haben. Deshalb schlage ich eine Bürokratiebefreiung für Existenzgründer vor, die folgende Initiativen erfordert:

■ **Abschaffung des Scheinselbstständigkeitsgesetzes**

Das Scheinselbstständigkeitsgesetz wird insgesamt von der CDU abgelehnt. Insbesondere Jungun-

ternehmern nimmt es die Luft zum Atmen, da gerade in der Gründungsphase oft nur ein Auftragsgeber vorhanden ist. Wenn der Regierung die Kraft zum Eingeständnis dieser gesetzgeberischen Fehlentwicklung fehlt, muss sie es angesichts der Lage zumindest für Existenzgründer in den ersten vier Jahren aussetzen.

■ **Dem 630-DM-Gesetz müssen die bürokratischen Fesseln genommen werden.**

Gründer sind häufig auf nebenberuflich Tätige angewiesen, deswegen muss die Verteuerung, Bürokratisierung und Komplizierung des 630-Mark-Gesetzes in einem ersten Schritt für Existenzgründer in den ersten vier Jahren ausgesetzt werden. Die CDU bleibt insgesamt bei ihrer Forderung nach Wiedereinführung einer 630-Mark-Regelung.

■ **Teilzeitregulierung für Existenzgründer rückgängig machen**

Wenn ein Arbeitnehmer bereits nach einem halben Jahr Anspruch auf Teilzeit geltend machen kann, bedeutet dies für einen Existenzgründer eine besonders unkalkulierbare personalpolitische Belastung und konterkariert eine mittel-

und langfristige Personalplanung. Deshalb sollte unabhängig von der Größe, zu der sich ein Gründungsunternehmen entwickelt, diese Regelung in den ersten vier Jahren ausgesetzt werden.

■ **Einschränkung für befristete Arbeitsverträge zurücknehmen**

Insgesamt müssen die Möglichkeiten zum Abschluss befristeter Arbeitsverträge ausgeweitet werden. Besonders Existenzgründer können oft nicht unbefristete Verträge ausstellen, deshalb sollten sie in den ersten vier Jahren von dieser Regelung ausgenommen werden.

■ **Beschränkungen für Zeitarbeit lockern**

Jungunternehmer müssen schneller und im größerem Umfang auf Zeitarbeitsverträge zurückgreifen können. Deshalb muss die maximale Verweildauer bei Zeitarbeitseinsatz in Existenzgründerunternehmen von 12 auf 48 Monate erweitert werden.

■ **Wahlmöglichkeiten zwischen Kündigungsschutz und Abfindungsregelung**

Den Arbeitsvertragsparteien muss es freigestellt sein, zwischen Kündigungs-

schutz und Abfindungsregel auszuwählen. Insbesondere Neugründern muss hier eine „Vertragslösung“ eingeräumt werden.

■ Arbeitsplatzgestaltung deregulieren

Existenzgründungen müssen auch in der eigenen Wohnung beginnen dürfen. Praktisch erscheint die Lösung, dass Anträge auf Nutzungsänderungen der Wohnräume nach 6 Wochen dann als genehmigt betrachtet werden, wenn bis dahin von Seiten der Behörden kein Widerspruch eingelegt wird. Auch in reinen Wohngebieten sollten Ausnahmeregelungen zur Gründung von Unternehmensexistenzen möglich gemacht werden.

■ Zugang zu Chancenkapital erleichtern

Business Angels, die notwendiges Geld in Gründerunternehmen investieren, müssen bereits bei einer Beteiligungsquote von 1 Prozent Veräußerungen voll besteuern. Um Anreize für Investoren zu schaffen, sollte eine Besteuerung von Verkäufen von Gründungsanteilen an Unternehmen in den ersten vier Jahren ausgesetzt werden. Darüber hinaus sollte für alle Unternehmen die 10-Prozent-Regelung wieder eingeführt werden.

■ Hemmnisse bei der Kreditbeschaffung beiseitigen

Das sogenannte Hausbankprinzip zusammen mit den Kriterien nach dem Basel II Abkommen, burden Gründern und Mittelständlern Bürokratie und „Bremsen“ auf, die den Zugang zu Kapital erschweren. Daher ist es dringend geboten, gemeinsam mit den Unternehmern und Geldgebern Lösungen zu entwickeln, welche die beschriebenen Bremsen lösen. Hier sollte insbesondere das Bürgschaftsinstrument durch die öffentliche Hand verstärkt eingesetzt werden.

■ Gründerfreundliche Besteuerung von Aktienoptionen

Für startups sind Aktienoptionen ein Mittel, qualifizierte Mitarbeiter zu gewinnen und zu binden. Die Besteuerung von Aktienoptionen muss deswegen endlich gründerfreundlicher gestaltet werden. Eine endgültige Regelung soll im Zuge einer umfassenden Steuerreform wie sie die Union anstrebt, verwirklicht werden.

■ Förderdschungel für Existenzgründer lichten und zusammenführen

Derzeit gibt es unzählige verschiedene Förderpro-

gramme, die Interessierte eher verwirrt als ihnen weiterhilft. Deshalb brauchen wir Transparenz damit die vorhandenen Anreize größtmögliche Wirkung entfalten können. Hierbei könnte ein „Verwaltungslotse“ zusätzliche Hilfestellung leisten.

■ „Verwaltungslotse“ bei Behörden

Firmengründer brauchen durchschnittlich 8 Monate, um alle Anträge für die Zulassung zusammenzutragen. Deshalb brauchen wir einen Gründerpartner (Ansprechpartner bei den Behörden), der Existenzgründer begleitet und durch den Behörden dschungel führt.

Diese Bürokratiebefreiung für Existenzgründer sollte erst der Anfang sein. Es ist als Pilotprojekt zu verstehen. Dauerhaft sollten deren positive Auswirkungen auch für bestehende Unternehmungen und Unternehmen nutzbar gemacht werden. Wenn die kurzdenkende momentane Regierung Schröder nicht zu tiefgreifenden Veränderungen der Rahmenbedingungen in der Lage ist, wird es die Union nach einem Regierungswechsel 2002 bewerkstelligen. **UD**

Ich will die Zahl der erwachsenen Sozialhilfeempfänger **halbieren**

Die Resonanz auf die Vorschläge, die Ministerpräsident nach seiner USA-Reise gemacht hat, war außergewöhnlich groß. Roland Koch: „Ich freue mich, dass sie so deutlich gehört werden.“

Die Botschaft ist nicht vollständig neu: „Wir müssen stärker fordern und stärker fördern und die Probleme in der Arbeitslosen- und Sozialhilfe lösen.“ Der konkrete Vorschlag in diesem Zusammenhang war es, der vor dem Hintergrund des Scheiterns Schröderscher Politik Aufsehen erregte.

Kanzler will ablenken

Koch wendet sich gegen die pauschale Bezeichnung einer ganzen Bevölkerungsgruppe mit dem Vorwurf der Faulenzerei. Denn der Kanzler hat ihn nur deshalb gemacht, weil er davon ablenken wollte, „dass seine Versprechungen bezüglich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wie Seifenblasen zerplatzt sind“.

Der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“



gegenüber hat der Ministerpräsident im einzelnen erläutert, wie das Wisconsin-Modell, an dem sich sein Vorschlag orientiert, auf deutsche Verhältnisse übertragen werden kann:

„Wir haben zur Zeit starre Wände zwischen Arbeits- und Sozialverwaltung, vor allem aber eine starre Trennung der Geldtöpfe. ■ Der eine darf nur ausbilden, ■ der andere darf nur Wohn- oder Kindergeld zahlen. ■ Einen dritten beauftragen wir gemeinsam, sich um den Betroffenen überhaupt zu kümmern. Das alles muss künftig in eine Hand und in einen Topf.“

Mit einer Ausnahme-Regelung, die das ermöglicht, könnte ich dafür sorgen, dass Förderung entsteht, und von jedem Sozialhilfeempfänger verlangen, dass er ein Ar-

beitsangebot annimmt und nicht mehr sagt: Ihr habt gar nichts für mich.

Dazu gehörte dann auch die Möglichkeit, auf erhebliche Sozialleistungen wie etwa Wohngeld außerhalb des Grundregelsatzes der Sozialhilfe zu verzichten.“

Versuch starten

Wichtige Voraussetzung dafür, dass das Wisconsin-Projekt gelingt: vorhandene Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt. Roland Koch: „In vielen hessischen Betrieben, in die ich komme, werden Arbeitskräfte gesucht. Für Drogen- und Alkoholabhängige muss der Staat ohnehin vorhalten, was wir therapeutisches Arbeiten nennen, und dafür sorgen, dass die Betroffenen in ganz langsamen Schritten in Arbeit geführt werden.“

Zwei oder drei Jahre lang sollte ein Versuch mit dem Modell aus USA gemacht werden – er muss nicht bundesweit stattfinden. Das Ziel: die Zahl der erwachsenen Sozialhilfeempfänger um die Hälfte reduzieren. **UD**

Frank Steffel stellt Mitglieder seines **Berater-** **teams** vor

Der CDU-Spitzenkandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters, Frank Steffel, hat die ersten Mitglieder für sein Berlin-Team gewonnen.

Mit der Wahl des ehemaligen Generalstaatsanwalts und erfahrenen Juristen Alexander Prechtel legt die CDU einen besonderen Schwerpunkt auf den Be-



reich Justiz, der unter Rot-Rot-Grün erneut zum politisch nachrangigen Experimentierfeld für links-alternativen Gedankengut wird.

Ein deutliches Signal für Offenheit und Toleranz setzt Frank Steffel mit der Wahl der gebürtigen Türkin Emine Demirbük, die seit 1969 in Berlin lebt.

Die studierte Germanistin und Publizistin engagiert sich für die Integration ausländischer Mitbürger und ist im Hauptberuf Ausländerbeauftragte im Bezirk Tempelhof-Schöneberg.

GESRÄCHSKREIS „INNERE EINHEIT“

Gegen den Alleinvertretungsanspruch der **PDS** für den Osten

Bei der ersten Sitzung des Gesprächskreises „Innere Einheit“ hat Frank Steffel der Presse dessen Teilnehmer vorgestellt.

Frank Steffel betonte, dass es sich nicht um ein CDU-Gremium handle. Es gehe vielmehr darum, Menschen ganz unterschiedlicher Biographien und Herkunft zusammenzuführen, die eines vereint: Sie alle können für den Osten sprechen. Sie alle bestreiten mit aller Kraft den Alleinvertretungsanspruch der PDS für den Osten.

Frank Steffel hob hervor, dass alle Personen in der Vergangenheit Zivilcourage gezeigt haben und noch zeigen. Gerade dies sei wichtig für eine Gesellschaft, die sich mit der Vergangenheit einer Diktatur beschäftigen muss. Dieses Zeichen unmittelbar vor dem 40. Jahrestag des Mauerbaus zu setzen, sei ihm

persönlich wichtig. Der Gesprächskreis wird sich auch über den 21. Oktober hinaus treffen. Die Ergebnisse werden in die Arbeit der CDU einfließen. Der Gesprächskreis wird von Generalsekretär Joachim Zeller moderiert.

Zum dem Gesprächskreis gehören u.a.: die Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley, Mitbegründerin der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), der ehemalige 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung in Berlin, Günther Schabowski, das fraktionslose Mitglied des Abgeordnetenhauses Dietmar Volk, ehemals Bündnis 90/Die Grünen, und der Olympiasieger im Turnen, Andreas Wecker, 6-mal in Folge Sportler des Jahres in Berlin.





SOZIALHILFE

Modell Wisconsin

Ein kleiner US-Bundesstaat soll dem Wirtschaftsriesen Deutschland auf die Sprünge helfen. Wisconsin hat gerade mal so viele Einwohner wie Hamburg und Berlin zusammen. Aber es gibt dort kaum Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger! Ein Modell für „Old Germany“, wie Hessens Ministerpräsident Koch und die CDU meinen? Ja, weil nur noch derjenige Unterstützung bekommt, der jeden Job annimmt, den der Staat ihm bietet – Straße fegen eingeschlossen. Nach dem Motto: Jede Arbeit ist besser als keine Arbeit. Bild

Ins Schwarze

Wie vorherzusehen war, hat Ministerpräsident Koch mit seinem Vorschlag, in Hessen ein amerikanisches Modell zur Eingliederung von Sozialhilfeempfängern zu erproben, einen Aufschrei

gut geölter Empörung provoziert. Wie vorherzusehen war, ist nun von Stammtischparolen die Rede, denn in Deutschland hat man sich an den Gedanken gewöhnt, Sozialhilfe als reguläres Einkommen zu betrachten. Der Aufschrei ist ein gutes Zeichen, Koch hat offenbar ins Schwarze getroffen. Wenn nun argumentiert wird, daß alles, was der amerikanische Bundesstaat Wisconsin praktiziert, in Deutschland längst möglich sei, wird ein entscheidender Sachverhalt außer acht gelassen: Wisconsin hat die Sozialhilfe als reguläre Einkommensquelle für Arbeitsfähige praktisch abgeschafft. Das ist es, was Kochs Vorschlag von den allgemein gehaltenen Forderungen des Bundeskanzlers unterscheidet.

Frankfurter Allgemeine

ler Schröder für eine stabile Konjunktur und einen baldigen Aufschwung am Arbeitsmarkt sorgen will, wird für den Bürger allmählich teuer. Denn des Kanzlers Regungslosigkeit bedeutet auch, dass sich an der Arbeitsmarkt-Politik der rot-grünen Regierung bis zur Bundestagswahl im Herbst des kommenden Jahres nur wenig ändern wird. Es müsste sich aber etwas ändern. Denn trotz Ausgaben von mehr als 41 Milliarden Mark für die aktive Arbeitsmarktpolitik bleibt die Zahl der Jobsuchenden in Deutschland erschreckend hoch – zu hoch.

Tagesspiegel

ABITUR

Vorreiter CDU

Es brauchte zwar lange, aber es funktioniert doch: Der Westen lernt vom Osten. Das kleine Saarland beginnt, die festgewachsene westdeutsche Bildungslandschaft umzupflügen. Was in den unionsregierten Län-

ARBEITSMARKT

Verschwendung

Die Politik der ruhigen Hand, mit der Bundeskanz-

NEUE NIPPOST INTERNKUR WIRTSCHAFT

Gründungsjahr 1999

dern Sachsen und Thüringen gut klappt, setzt jetzt auch der neue CDU-Landesvater Müller an der Saar durch: das zwölfjährige Abitur. Als nächstes will Baden-Württemberg nachziehen. Die CDU erweist sich damit als Vorreiter einer notwendigen Bildungsreform, die die Ausbildungszeiten auf ein effektives Maß reduziert. So bleiben jungen Leuten mehr kostbare Lebenszeit für Studium und Beruf, was zugleich ihre Wettbewerbschancen erhöht.

Leipziger Volkszeitung

Im Handstreich

Manchen Ostdeutschen wäre die schulpolitische Vereinigung leichter gefallen, wenn sich westliche Kultusminister nach der Wende zumindest darauf eingelassen hätten, das Abitur nach zwölf Schuljahren einzuführen, wie das in der DDR generell üblich war. Von den neuen Ländern sind nur Sachsen und Thüringen dabei geblieben. Brandenburg,

Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt haben sich erst vor wenigen Jahren zum neunjährigen Gymnasium entschlossen. Spät hat sich der Westen umbesonnen. Seit 1991 gibt es in Baden-Württemberg einen Modellversuch für das achtjährige Gymnasium, seither tobt der Streit um das „Abitur light“ im Südwesten. Das Saarland hat das achtjährige Gymnasium ohne Diskussion im Handstreich eingeführt und damit eine Entwicklung eingeleitet, die nach und nach alle Länder erfassen wird.

Frankfurter Allgemeine

BAHN

Zwitter

Wäre die Bahn privatisiert, dann wäre sie ertragsorientiert. Blicke die Bahn in staatlicher Hand, dann wäre sie gemeinwohlorientiert. So aber ist die Deutsche Bahn sowohl privatisiert als auch in staatlichem Eigentum – und völ-

lig desorientiert. Einerseits verlangt die begonnene Privatisierung gesteigerte Effizienz, Stilllegung unrentabler Strecken, Wettbewerbsfähigkeit in Leistung und Tarif. Andererseits formulieren Bund, Länder und Gemeinden fortwährend gemeinwirtschaftliche Verpflichtungen der Bahn: Keine Stilllegung unrentabler Strecken, keine Abschaffung teurer Interregio-Verbindungen, kein Verlust von Haltestellen für Bahnbusse. Einerseits wird die Bahn zur Kostendeckung ermahnt, andererseits werden Finanzierungslücken anstandslos geschlossen. Einerseits wird die Bahn in die Freiheit entlassen, andererseits jede in freier Verantwortung getroffene Entscheidung verhindert. Die Folgen dieser nicht eben einheitlichen Erwartungen lassen sich seit Jahren besichtigen – die Verbitterung, die fast jede öffentliche Kritik an der Bahn begleitet, ist von Hysterie oft nur schwer zu unterscheiden.

Berliner Zeitung

GLÜCKSRAD

Bestellschein
– Außenwerbemittel –

CDU-Bundesgeschäftsstelle
HA Öffentlichkeitsarbeit
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin
Fax: 0 30-2 20 70-3 89



Absender/KV-Nr.

--	--	--	--

Rechnungsanschrift

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Lieferanschrift (falls nicht identisch)

CDU-Verband

Ansprechpartner

Straße

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen.
Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Menge	Artikel	Einzelpreis	Gesamtpreis
	Glücksrad, inkl. 60,00 DM/30,68 EURO Versandkosten für Spedition, zzgl. MwSt.	405,00 DM/207,07 EURO	

Datum

Unterschrift



Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt, Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Die PDS - Fakten Hintergründe

Was sie will.
Was sie macht.
Wer sie lenkt.

CDU ---

Zusammenfassung des Beschlusses „Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern.“

Bestell-Nr. 2763
Preis je 100 Expl. 22,00 DM
(11,25 EURO)

Alle Preise gelten zzgl. MwSt.
und Versand gemäß Versand-
bedingungen

PDS-Dokumentation

Bestell-Nr. 5764
Preis je 20 Expl. 15,00 DM/
(7,67 EURO)

Broschüre „Zuwanderung steuern und begrenzen. Integration fördern.“

Beschluss des Bundesaus-
schusses der CDU Deutsch-
lands vom 7. Juni in Berlin

Bestell-Nr. 5762
Preis je 20 Expl. 28,00 DM
(14,32 EURO)



ZUWANDERUNG STEUERN UND BEGRENZEN. INTEGRATION FÖRDERN.

Beschluss des Bundesauschusses der CDU Deutschlands
vom 7. Juni 2001 in Berlin



ZUWANDERUNG STEUERN UND BEGRENZEN. INTEGRATION FÖRDERN.

Zusammenfassung des Beschlusses des
Bundesauschusses der CDU Deutschlands
vom 7. Juni 2001



CDU



CDU

BESTELLANSCHRIFT

Bertelsmann Distribution GmbH
– IS-Versandzentrum –
Postfach 1162,33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de